

Unser Beirat in Woltmershausen

Mazlum Koc:

1989 in der Türkei/ Istanbul geboren und kurdischer Abstammung. Seit 1998 lebe ich in Bremen und habe seit 2009 ein Studium an der Hochschule Bremen „Internationaler Studiengang Politikmanagement“ aufgenommen. Meine politischen Schwerpunkte sind die Bildungs-, Integrations- und Sozialpolitik.

Kontakt über: Mazlum.Koc@dielinke-bremen.de

Die gesamte Beiratsfraktion erreichen Sie über die folgende Mail-Adresse:
beiratwoltmershausen@dielinke-bremen.de

Wahlprogramm 2015 bis 2019

Wir stehen für ein soziales, sicheres und ökologisches Woltmershausen

Woltmershausen und Rablinghausen sind lebenswerte Stadtteile mit liebenswerter Vielfalt.

Wir wollen uns weiterhin für eine soziale und ökologische Stadtteilentwicklung einsetzen. Unser Bestreben ist es, dass sich alle sozialen und kulturellen Gruppierungen in unserem Stadtteil wohlfühlen, dass unter anderem dem Mittelstand der Rücken gestärkt wird, der Jugend eine Perspektive angeboten wird, alle Kinder einen KiTaplatz haben und den Älteren ihr wohlverdienter Ruhestand gewährleistet wird.

DIE LINKE will mehr Bürgerbeteiligung, mehr Verkehrssicherheit, bezahlbaren Wohn- und Lebensraum und ein vielfältiges Angebot für Kinder und Jugendliche.

Soziales, Kinder und Jugend

Wohnraum in Woltmershausen muss bezahlbar bleiben. Daher fordern wir eine verbindliche Quote für die Schaffung von Sozialwohnungen bei allen Neubauprojekten und in den Sanierungsgebieten. Wir wollen, dass alle Seniorenwohnheime Plätze für Menschen mit geringer Rente vorbehalten. Wir wollen keine Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus dem Stadtteil. Es ist unsere Pflicht auch Obdachlosen ein würdevolles Leben zurückzugeben.

Wir fordern die ausreichende finanzielle Versorgung der Jugendeinrichtungen. Gute Jugendarbeit braucht vor allem gutes Personal. Dafür müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen eine erfolgreiche Umsetzung des Jugendfreizeitheimes der Oberschule Roter Sand.

Damit sich die Jugendlichen aktiv einbringen können, unterstützt DIE LINKE die Gründung eines Jugendbeirats oder ähnlichen Beteiligungsprojektes, das eigene finanzielle Mittel erhalten muss.

Migration sehen wir nicht als ein Problem, sondern als eine Chance unsere Gesellschaft vielfältiger aussehen zu lassen. Dabei sind Toleranz und ein gegenseitiges Verständnis die Voraussetzung für ein soziales und kulturelles Miteinander. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern zu fördern und sie in die Entwicklung des Stadtteils einzubeziehen, sind Beteiligungsangebote, wie die Einrichtung von Begegnungsorten, Durchführung von Stadtteilfesten oder Förderung von Nachbarschaften nötig.

DIE LINKE fordert eine rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller MigrantInnen um eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in unserem Stadtteil zu ermöglichen.

Keinen Meter den Nazis

Andere Ethnien bereichern mit ihren Kulturen und Bräuchen unser Land, sie lassen alles bunter

aussehen. Nazis und Rechtspopulisten wollen uns weismachen, dass die "Ausländer" für die Problem in unserer Gesellschaft seien, oder unser arbeitsloser Nachbar. Wir lassen uns nicht spalten in Deutsche und Migranten und in Leute mit und ohne Arbeit!

DIE LINKE steht ein

- gegen Rassismus,
- gegen Sexismus,
- gegen soziale Spaltung.

Für die Bürgerschaft und den Beirat: Keine Stimme für die AfD und andere rechtsradikale Parteien!

Umwelt und Verkehr

DIE LINKE steht für die Gleichberechtigung aller VerkehrsteilnehmerInnen.

Wir fordern:

- die Beseitigung aller Gefahrenstellen im Schulwegeplan des ADFC,
- mehr Tempo 30 Strecken. Für mehr Sicherheit, Umwelt- und Lärmschutz,
- einen Netzplan oder Wegmöglichkeiten für LKWs, um in unserem Stadtteil für mehr Sicherheit und Ruhe zu sorgen,
- eine Weiterführung der Fährverbindung in unserem Stadtteil und eine Ausweitung der Fahrzeiten und Strecke.

Gut funktionierender öffentlicher Nahverkehr ist genauso wichtig, wie risikolose Wege zu Schulen und Kindertagesstätten.

Bürgerbeteiligung, Demokratie, Kommunalpolitik

Wir fordern die Stärkung der Beiräte, weg von reinen Verwaltungsausschüssen, hin zu echten Kommunalparlamenten mit wirklicher Entscheidungsbefugnis. Wir finden es toll, wenn Menschen aktiv werden und sich für ihre Interessen einsetzen.

Die Stadtteile sind der Ort, wo die Menschen sich überwiegend aufhalten. Gerade in den Quartieren besteht die Chance der direkten Mitgestaltung des Lebensumfeldes durch die Bürgerinnen und Bürger, wie die in einzelnen Stadtteilen bestehenden WiN-Foren deutlich aufzeigen. In diesen Gremien artikulieren die BürgerInnen selbstständig ihre Interessen, diskutieren und setzen sie anschließend gemeinsam solidarisch um.

Aufbau von Stadtteiforen nach dem Vorbild der WiN-Gruppen

Beiräte sollen investive Mittel für ihren Stadtteil erhalten und über einen Beteiligungsprozess einen sogenannten Beteiligungshaushalt organisieren. Die Bürgerinnen und Bürger kümmern sich somit eigenverantwortlich um die Verbesserung alltäglicher Wohn- und Lebensbedingungen in ihrem Quartieren. Dafür sind auch personelle Ressourcen durch die Stadtgemeinde bereitzustellen. BIDs lehnt DIE LINKE aufgrund undemokratischer Strukturen ab.

Wahl und Abwahl der Ortsamtsleitungen

Die Amtszeit der Ortsamtsleitungen soll auf sieben Jahre verkürzt werden und auch die Möglichkeit der Abwahl vorsehen.

Bereitstellung von Ressourcen für Volksentscheide

Fehlende Finanzmittel dürfen nicht dazu führen, dass Volksentscheide scheitern. Er erfordert die Bereitstellung eines Mindestmaßes an Ressourcen – sowohl für die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses als auch zur Sicherung von politischen Gestaltungsspielräumen. Wie z.B. bei der Schließung unseres Polizeireviere.

Umwandlung der Beiräte in echte Parlamente

Die Stadtteilbeiräte müssen endlich zu Orten tatsächlicher Bürgerbeteiligung werden. Hierzu gehören weitergehende Entscheidungsbefugnisse und eine höhere Budgetverantwortung der Beiräte unter Mitbestimmungsverfahren der Bürgerinnen und Bürger. Perspektivisch ist die

Schaffung von Bezirksparlamenten mit erweiterten kommunalpolitischen Entscheidungskompetenzen zu prüfen.

Stadtteil-Jugendparlamente

Damit Jugendliche mehr zu sagen haben und wirklich Einfluss auf Bereiche nehmen können, die sie selbst betreffen, müssen der finanzielle wie auch politische Verantwortungsbereich von Jugendbeiräten ausgebaut und Jugendbeiräte in allen Beiratsgebieten gegründet werden

Wir freuen uns, wenn Sie uns am 10. Mai ihre Stimmen geben.

QUELLE: [HTTP://WWW.DIELINKE-BREMEN-LINKSDERWESER.DE/STADTTEILBEIRAETE/WOLTMERSHAUSEN/](http://www.dielinke-bremen-linkswerderweser.de/stadtteilbeiraete/woltmershausen/)